

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Westseite ober deren Raum 50 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Zum neunten Verbandstag.

Alle zwei Jahre versammeln sich die gewählten Vertreter der Verbandsmitglieder, um Rückschau zu halten über die Entwicklung der Organisation im verflochtenen Zeitalter, um unser Mittelzeug zu prüfen und neue Waffen zu schmieden für künftige Kämpfe. Der Verbandstag, der am 23. Juni in Berlin zusammentritt, der Reichshauptstadt, die seit nun nahezu vier Jahren auch den Verbandsvorstand in ihren Mauern beherbergt, wird mit Befriedigung konstatieren können, daß der Deutsche Holzarbeiterverband seit der Münchener Tagung gute Fortschritte gemacht hat. Die im allgemeinen günstige Wirtschaftslage, die selbsterhellend hat, erleichterte uns das Vordringen auch in solchen Gebieten, die sich vorher als schwer zugänglich erwiesen hatten. Der Rechenschaftsbericht, der dem Münchener Verbandstage vorgelegt wurde, gab Kunde von 151.827 Mitgliedern, die wir am Schluß des Jahres 1909 zählten. Bis zum Ablauf des Jahres 1911 ist der Verband auf 182.760 Mitglieder angewachsen und seither dürften rund 7000 weitere hinzugekommen sein. Die Hoffnung, das zweite Hunderttausend noch vor Jahresabschluß voll zu machen, scheint nicht unbegründet.

Auch die Masse unserer Mitglieder haben sich günstig entwickelt. Verkäufe die Hauptkasse am Jahreschluß 1909 über einen Bestand von 1.077.235 Mk., so hatte sich diese Summe bis zum Ablauf des Jahres 1911 auf 8.161.052 Mk. erhöht und das gesamte Verbandsvermögen, einschließlich der Postkassen, ergab die stattliche Summe von mehr als fünf Millionen Mark. Dabei hat unser Verband allein im Jahre 1911 den Mitgliedern nahezu 5 Millionen Mark an Unterstützungen gewährt. Wichtigere aber als diese Unterstützungen sind die bedeutenden Vorteile, welche die Kollegen mit Hilfe der Organisation in den Lohnbewerungen errungen haben. Von all den vielen Branchen, die im Deutschen Holzarbeiterverband zusammengeschlossen sind, ist nicht eine, die bei den Lohnbewegungen unberücksichtigt geblieben wäre. In allen Teilen des Reiches, in den großen Städten sowohl als auch in den kleinsten Orten, überall, wo der Verband Fuß gefaßt hat, ist er für die Vetterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufsgenossen eingetreten, und in den weitaus meisten Fällen war sein Wirken von Erfolg gekrönt.

Der Deutsche Holzarbeiterverband befindet sich zurzeit in einer guten Verfassung, und es ist nicht zu erwarten, daß die Einrichtungen des Verbandes durch den Verbandstag eine wesentliche Änderung erfahren werden. Der Bericht über die Lohnbewegungen wird Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache über unsere Tarifpolitik geben. Darüber, daß wir auf dem richtigen Wege waren, als wir im Jahre 1907 die großartige Vertragspolitik in Angriff nahmen, herrscht heute Uebereinstimmung im Verband. Andererseits besteht aber auch kein Zweifel darüber, daß unser Vertragswesen noch sehr verbesserungsfähig ist. In den letzten Jahren ist es möglich gewesen, die große Mehrzahl der Tarifverträge auf dem Wege friedlicher Verhandlungen abzuschließen bezw. zu erneuern. Aber wenn nach langwierigen und oft schwierigen Verhandlungen, die sich ja nun alljährlich im Frühjahr wiederholen, eine Verständigung zwischen den Organisationsvertretern herbeigeführt war, dann mußten unsere Kollegen regelmäßig in einigen Städten die Durchführung der vereinbarten Verträge erst erkämpfen. Unserem Vertragspartnern, dem Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe fehlt es, wenn nicht an gutem Willen, so doch an dem nötigen Einfluß auf seine Mitglieder, der erforderlich ist, um sie zur strikten Innehaltung der getroffenen Vereinbarungen anzuhaken.

Die Erfahrungen, die wir auf diesem Gebiet gemacht haben, sind allerdings kein Argument gegen die Tarifvertragspolitik an sich, aber sie sind ein Moment, welches uns notwendig dazu führen muß, die Bedeutung dieser Politik nicht zu überschätzen. Nicht aus freien Stücken und nicht aus Wohlwollen für die Arbeiter haben sich die Unternehmer für das Prinzip der friedlichen Verhandlung über die Arbeitsbedingungen entschieden, die Macht unseres Verbandes hat sie dazu genötigt. Die starke und kampfberechtigtere Organisation, über welche die deutschen Holzarbeiter verfügen, hat die Unternehmer auf dem Weg der friedlichen Verhandlungen gedrängt. Die Kraft unseres Verbandes allein ist es, die es uns ermöglicht, Erfolge mit verhältnismäßig geringen Opfern zu erringen. Auf die weitere Kräftigung unserer Organisation müssen wir den größten Nachdruck legen, wenn wir die Mängel beseitigen wollen, die dem Tarifvertragswesen in der Holzindustrie noch anhaften.

Der Umstand, daß die Tarifbewegungen sich in den letzten Jahren in der Hauptsache ohne bedeutende Kämpfe abwickelten, darf uns aber nicht in falsche Sicherheit wiegen. Das kommende Jahr wird uns möglicherweise vor kritische Entscheidungen stellen. Die Unternehmer sind keineswegs so tarifbegeistert, wie es bei oberflächlicher Betrachtung der Dinge den Anschein hat. Nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, haben sie sich für dieses System entschieden, und wenn sich ihnen die Gelegenheit bietet, die Tarifverträge, die sie vielfach als eine Last empfinden, von sich zu werfen, werden sie dieselbe mit Freuden ergreifen. Im Februar 1913 laufen die Verträge in der größten und bedeutendsten Gruppe unserer Vertragsorte ab. Im gleichen Frühjahr enden auch die im Jahre 1910 abgeschlossenen Verträge im Baugewerbe. Die Unternehmer des Baugewerbes treffen schon seit langem umfassende Vorbereitungen für einen Niesenkampf, den sie im Jahre 1913 unternehmen wollen. Konfliktsstoff liegt in der Luft und bei den nahen Beziehungen, welche die Unternehmerverbände miteinander unterhalten, muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe das kommende Frühjahr für den geeigneten Zeitpunkt betrachtet, seine Kräfte erneut mit denen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu messen. Ob diese Vermutung begründet ist, läßt sich natürlich mit Sicherheit nicht voraussagen. Tatsache ist jedoch, daß der Arbeitgeberschutzverband mit Eifer seine Mühtungen betreibt, und das läßt es zweckmäßig erscheinen, daß auch wir uns auf alle Eventualitäten vorbereiten. Auf dem Verbandstag zu Berlin werden wir unsere Waffen mit besonderer Sorgfalt prüfen und hier werden wir auch unser Programm für die künftige Tarifbewegung in großen Zügen festlegen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband steht grundsätzlich auf dem Boden der Tarifverträge. Unser Streben ist aber nicht nur darauf gerichtet, dem Geltungsbereich der Tarifverträge in der Holzindustrie eine möglichst weite Ausdehnung zu geben, wir sind auch bemüht, den Tarifgedanken zu vertiefen. Die Regelung der Arbeitszeit und die Arbeitsvermittlung, zwei Fragen, die als besondere Punkte auf der Tagesordnung des Verbandstages stehen, hängen auf das engste mit den Tarifverträgen zusammen. Bei der Regelung der Arbeitszeit handelt es sich nicht nur darum, festzustellen, daß wir es als unsere Aufgabe betrachten, die Arbeitszeit allerorts möglichst zu verkürzen. Das ist ein so selbstverständlicher Grundsatz für jede gewerkschaftliche Organisation, daß es hierfür eines Wortes des Verbandstages nicht bedarf. Die Fortschritte der Vertragspolitik gestalten es jetzt, die Regelung der Arbeitszeit von höheren Gesichtspunkten zu betrachten. Wir erstreben eine generelle Regelung der Arbeitszeit für alle Orte Deutschlands. Nach Lage der Dinge wird es in der nächsten Zeit noch nicht möglich sein, in ganz Deutschland eine einheitliche Arbeitszeit einzuführen, wohl aber lassen sich jetzt schon die arassen Minderheiten beseitigen. Es ist denkbar, ein Programm für die Durchführung unserer, auf die Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Bestrebungen aufzustellen, welches auf eine Reihe von Jahren voraussehend, die innerhalb dieses Zeitraumes zu erreichende kürzeste Arbeitszeit für den einzelnen Ort festlegt. Wenn es sich als möglich erweist, über diesen Plan eine Verständigung mit der Unternehmerorganisation zu erzielen, dann könnte die Frage der Arbeitszeit bei den künftigen Tarifverhandlungen völlig ausscheiden. Daß bei dieser Gelegenheit auch ein Wort über den freien Sonnabend und am Montag gesprochen werden wird, ist selbstverständlich und ebenso selbstverständlich ist es, daß sich der Verbandstag unter den obwaltenden Umständen gegen diese Einrichtung aussprechen wird, die erst dann ernstlich in Frage kommen kann, wenn die tägliche Arbeitszeit in ausreichendem Maße verkürzt ist.

In der Frage der Arbeitsvermittlung wird der Verbandstag zweifellos die Bestrebungen guthießen, die auf die allgemeine Durchführung obligatorischer, paritätischer Arbeitsnachweise gerichtet sind. Ueber den Arbeitsnachweis wie über die Regelung der Arbeitszeit sind bereits im Jahre 1907 Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen geführt worden, die zur Verständigung über gewisse Grundsätze geführt haben. Der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes ist aber nachher von seiner Generalversammlung im Stich gelassen worden, so daß die getroffenen Vereinbarungen keine formelle Rechtskraft erlangt haben. Ob auf jener Seite jetzt größere Reigung für eine Verständigung vorhanden ist, läßt sich schwer beurteilen, das kann aber auf unsere Entscheidungen keinen Einfluß ausüben. Wir haben den Unternehmern bewiesen, welche

großen Wert wir auf die Regelung der Arbeitsvermittlung legen und die Herren werden wohl allmählich begreifen, daß eine friedliche Verständigung über diese Frage sehr wesentlich in ihrem eigenen Interesse liegt.

Wohl der wichtigste Gegenstand, mit welchem sich der Verbandstag in Berlin zu beschäftigen haben wird, ist das Rekrutierungsgebiet des Verbandes. Auf dem Verbandstag in München sind die Agitationsfragen nur gestreift worden, in Berlin wird man sie gründlich behandeln müssen. Die Frage, wie wir den Kreis der Mitglieder erweitern können, ist eine Lebensfrage für unseren Verband. Gewiß haben wir andauernd schöne Fortschritte gemacht; wir schätzen aber die Werbekraft unserer Ideen so hoch ein und sind es gewohnt, so hohe Anforderungen an uns selbst zu stellen, daß uns auch große Erfolge so leicht nicht befriedigen. Die Entwicklung des Verbandes muß noch ein viel lebhafteres Tempo annehmen! Bei der Vielgestaltigkeit der Werbemittel, die jetzt schon zur Anwendung kommen, ist kaum anzunehmen, daß neue Agitationsmethoden in Vorschlag gebracht werden. Über der Verbandstag wird die Mittel und Wege, deren wir uns bei der Agitation bedienen, gründlich Revue passieren lassen. Die rückhaltlose Aussprache und Selbstkritik wird sicherlich zur Belebung der Agitation beitragen.

Stärker als früher wird es von unseren Kollegen empfunden, daß unser Agitationsgebiet durch unberechtigte Einbrüche seitens anderer Organisationen beeinträchtigt wird. Unser Verband hat es lange bemerkt, sich an den unerbittlichen Grenzstreitigkeiten ernsthaft zu beteiligen und auch jetzt, wo wir diesen Fragen nachgedrungen nähertreten müssen, möchten wir wünschen, daß dieses Gebiet mit der nötigen Zurückhaltung behandelt wird. Wir dürfen nie vergessen, daß die gewerkschaftliche Agitation in erster Linie den Zweck verfolgt, die Gleichgültigen zu wecken und sie der Organisation zuzuführen. Ist es auch für den Organisationszweck keineswegs bedeutungslos, wenn ein für die Gewerkschaftsbewegung gewonnener Rekrut einem Verbandszugeführt wird, der für seinen Beruf nicht zuständig ist, so müssen wir uns doch hüten, den Grenzstreitigkeiten eine übertriebene Bedeutung beizumessen.

Besteht in all den erwähnten Fragen, die auf der Tagesordnung des Verbandstages stehen, grundsätzliche Uebereinstimmung im Verband, so daß ein hartes Auseinanderprallen der Meinungen kaum zu erwarten ist, so dürften Gegensätze in der Frage des Internationalen Holzarbeiterkongresses völlig ausgeschlossen sein. Der Deutsche Holzarbeiterverband legt großen Wert auf die Aufrechterhaltung internationaler Beziehungen. In der internationalen Union der Holzarbeiter, die bis jetzt nur europäische Organisationen umfaßt, ist der Deutsche Holzarbeiterverband das überragende Glied, wir stellen die weitest ausgedehnte Mitgliederzahl. Direkte, unmittelbare Vorteile aus dem Gegenseitigkeitsverhältnis sind für uns nicht zu erwarten. Aber wir setzen unsere Ehre daran, den Bruderorganisationen des Auslandes mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, deren Fortschritt nach Möglichkeit zu fördern und sie instand zu setzen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Indirekt kommen deren Fortschritte auch uns wiederum zugute.

Sind vom diesmaligen Verbandstag auch keine Fragen von überragender Bedeutung zu entscheiden, so haben doch immerhin wichtige Aufgaben der Erledigung. Die Delegierten werden ein reiches Maß von Arbeiten zu bewältigen haben. Wir sind aber überzeugt, daß sie ihre Aufgabe so lösen werden, wie es das Interesse des Verbandes erfordert. In diesem Sinne begrüßen wir den Verbandstag mit einem herzlichsten

Willkommen in Berlin!

In Berlin.

* Die Delegierten des neunten ordentlichen Verbandstages werden sich an einem Orte versammeln, der nicht nur politisch die Zentrale des Reiches ist, sondern auch für die Holzindustrie eine zahlenmäßige Bedeutung hat, wie auch nicht annähernd ein anderer Ort Deutschlands. Umfaßt doch das Berliner Zahlstellengebiet mindestens 45.000 organisationsfähige Holzarbeiter. Für unsere Organisation ist die Reichshauptstadt historischer Boden, wofür an anderer Stelle in dieser Nummer einige Daten angeführt sind. Doch sind es nicht immer angenehme Erinnerungen, die sich an ihren Namen knüpfen. Die gewerkschaftliche Entwicklung unter den Berliner Holzarbeitern hat nicht den geradlinigen Verlauf genommen, der an vielen anderen Großstädten erstreut, sie hat vielmehr Kreuz- und Querstränge gemacht, ist zuweilen nach schnellem Aufstieg

abgelehrt und zeichnet sich vor allem unrühmlich aus durch ein großes Gewicht von Sonderbestrebungen, die neben, zwischen und entgegen der eigentlichen Organisation liegen.

Wie überall, sind auch hier die wirtschaftlichen Verhältnisse die treibenden Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung gewesen. Die Arbeitsverhältnisse in den Berliner Tischlereien hatten, früher mehr noch als gegenwärtig, ein ganz besonderes Gepräge. Trotz der umfangreichen Industrie dominierte ein zahlreiches Kleinmeisterstum, begünstigt durch ein weitgehendes Kreditssystem der Lieferanten und durch ein von der Produktion losgelöstes Händlerium, das den Meistern die Sorge des Absatzes abnahm. Eben dadurch aber erlebten diese in die tiefste Abhängigkeit, so daß das Gros der Berliner Tischlermeister nur eine Art traurigen Zwischenmeisterbasens führte. Daß sie mit ihren oft ganz primitiven Betriebseinrichtungen überhaupt die Konkurrenz auf dem Exportmarkt durchhalten konnten, verdanken sie der Selbsttätigkeit in Berlin eingeführten Spezialisierung der Arbeit und der dadurch entwickelten außerordentlichen Leistungsfähigkeit der Berliner Tischler. In den letzten Jahren hat sich das Bild merklich verschoben. Die Fabrikation von einfachen Stapelware ist zum großen Teil nach der Provinz ausgewandert, wo die hohe berufliche Qualität der Berliner eingearbeiteten Tischler ersetzt und überboten wird durch weit bessere Ausführung technischer Erzeugnisse und durchreisende Arbeitsleistung. Berlin wurde dadurch zu einem besseren Genre gebräutet, welche Umwandlung nicht vor sich ging, ohne zahlreichen Kleinmeistern des alten Stills die Existenz zu zertrümmern und ein mittleres und großes Unternehmertum aufzuziehen.

Unter den alten Verhältnissen durften die Gesellen sich einer Freiheit im Arbeitsverhältnis erfreuen, die jedem Neuanfänger ein blaues Wunder dünkte. Der Meister war ökonomisch viel zu abhängig und unselbständig, um groß den prologischen Unternehmerstandpunkt hervorkehren zu können. Die Hauptsache war, daß die im Accord bezogene Arbeit brauchbar und rechtzeitig fertiggestellt wurde, mochten im übrigen die Gesellen durch jedwede Kurzweil sich die Last der Arbeit zu süßen versuchen. Es verschlug nicht viel, wenn sie Montags blau machten oder sonst zu einer Arbeitszeit plötzlich ein dringendes Bedürfnis nach einem Eckat oder einer Landpartie befriedigten, denn andererseits kamten die Gesellen ihren Arbeitgeber gut genug, um zu wissen, daß eine sichere Aussicht auf Lohnauszahlung nur dann bestand, wenn am Sonnabend geliefert werden konnte. In den größeren und besser fundierten Betrieben suchte man wohl eine strengere Zucht einzuführen, aber man mußte wohl oder übel auch hier immer wieder ein Loch zurückdecken, wenn die brauchbaren Kräfte nicht abgestoßen werden sollten.

Für die Organisation waren diese Verhältnisse kein günstiger Nährboden. Die Freiheiten des Arbeitsverhältnisses täuschten nur zu sehr seine materiellen Unzulänglichkeiten hinweg. Man durfte ungestraft blau machen und nahm dafür in Kauf, an den übrigen Tagen wie toll drauflos und bis in die Nacht hinein wühlen zu müssen. Der Sinn für die bornehmste aller gewerkschaftlichen Forderungen, derjenigen nach Verkürzung der Arbeitszeit, ging unter diesem Treiben völlig verloren. Und ohne geregelte Arbeitszeit war hinwiederum ein nachhaltiger Einfluß auf die Besserung der Accordpreise nicht zu erzielen.

Die Organisation mußte daher den Kampf aufnehmen gegen die Anarchie im Arbeitsverhältnis, machte gegen etwas zu Felde ziehen, das vielen Kollegen gerade ein losbarer Vorzug dünkte und welchem Vorhaben sie daher vielfach mit völliger Verständnislosigkeit und mit Widerwillen gegenüberstanden. Wenn zu einem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen geblasen wurde, sind die Berliner von jeher in hellen Haufen zusammengeeeilt und haben dann auch ihren Mann gehalten. Es hat aber lange gedauert, bis sie in ihrer Mehrheit auch begriffen, daß es leichter sein kann, einen Kampf siegreich durchzuführen, als das Errengene hochzuhalten, daß die erste Vorbedingung dauernder Erfolge das treue Festhalten an der Organisation ist.

Seit der Gründung des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist die Entwicklung von arbeiterlicher Stetigkeit gewesen. Die Mitgliederzahl ist fast ununterbrochen von 2454 am Jahresabschluss 1903 bis auf fast 30 000 gegenwärtig angestiegen, wobei auch der Zuwachs aus benachbarten Branchenorganisationen und Nachbarzahlstellen eingerechnet ist. Ein Rückschlag ist seit 1903 nur noch einmal eingetreten, nach 1907, in welchem Jahre die Unternehmerorganisation durch die inszenierte Aussperrung die Berliner Holzindustrie an den Rand des Ruins brachte, wozu dann noch obendrein die allgemeine Wirtschaftskrise kam.

Die Aufwärtsbewegung der Organisation hängt eng zusammen mit den großen Kämpfen, die in der Reichshauptstadt ausgetragen worden sind und unter deren Feuer die Einigkeit der Berliner Holzarbeiter fester geschmiedet wurde. Die schon erwähnte Wandlung der Produktionsverhältnisse zerstörte einerseits die altübergebrachten Freiheiten der Arbeiter und brachte dadurch die tatsächliche Misere der Arbeitsverhältnisse klarer zum Verständnis. Andererseits aber schuf sie ein kapitalträchtigeres und widerstandsfähigeres Unternehmertum, das im Zusammenschluß zu Organisationen seine Kampfkräftigkeit noch weiter stärkte. Der Methode der Werkstattkämpfe setzten die vereinigten Unternehmer die Taktik der Aussperrungen und der großen Kämpfe entgegen, die seit dem Anfang des Jahrhunderts wiederholt die ganze Holzindustrie erschüttert und die öffentliche Aufmerksamkeit im ganzen Reiche auf sich gelenkt haben. Diesen Kämpfen ist mit Recht eine mehr als lokale Bedeutung zugemessen, da in ihnen unerhüllt die Absicht zutage trat, den gesamten Holzarbeiterverband zu schwächen und zu vernichten.

Der Arbeitgeberschubverband hat nicht nur seinen Sitz in Berlin, sondern auch die Kerntruppen seiner Organisation. Im Anfang seines Wirkens war er überhaupt fast nur auf Berlin beschränkt und da er von Anbeginn an die Auffassung verfolgte, daß die Arbeiterorganisation nur in großen Massenkämpfen zu werfen sei, wurde in der großen Berliner Holzindustrie immer wieder die Probe auf das Exempel dieser Auffassung gemacht. So sind die Berliner Holzarbeiter zu Kämpfen gezwungen worden, deren Wichtigkeit in gar keinem Verhältnis stand zu den eigentlichen Streitobjekten. Es waren Kämpfe, die die Berliner für den Gesamtverband schlugen, und sie hatten deshalb wohl ein Recht darauf, die Unterstützung der Kollegen im übrigen Reich in Anspruch zu nehmen. Die Berliner selber haben ganz gewaltige Opfer bringen müssen, um die Kämpfe durchzuhalten, die einander so schnell folgten, daß kaum Zeit zur Erholung blieb. Um nur an die großen Aktionen zu

erinnern: Im Jahre 1900 Streik und Aussperrung; 1901 Abwehrkampf gegen das Kontrollbuch; anfangs 1902 Abwehr der sogenannten „Hilfsaktion“, einer zugemuldeten allgemeinen, zehnprozentigen Lohnreduzierung; 1902-1904 Kampf gegen den Arbeitgeber- und für einen paritätischen Arbeitsnachweis; 1904 Aussperrung von 16 Wochen Dauer; 1907 Aussperrung von 17 Wochen Dauer. Neben und zwischen diesen großen Schlachten sind unablässig kleine Gefechte in einzelnen Werkstätten und für die Branchen geführt worden. Und dazu mußten noch ungeheure Summen aufgebracht werden, um die Errungenschaften der Kämpfe nicht wieder einzubüßen unter den Wirkungen der furchtbaren Arbeitslosigkeit, die seit Jahren in der Berliner Holzindustrie chronisch ist.

Den Verbandsstagsdelegierten wird der Ort ihrer Tätigkeit mancherlei Erinnerungen erwecken an die Lohnkämpfe der Vergangenheit. Seit der Entwicklung der Vertragsbewegung hat Berlin mehr als irgendeine andere Zahlstelle die Gesamtbewegung der deutschen Holzarbeiter beschleunigt, und wenn sich jetzt die Wägen auf die Vertragsbewegung für das Jahr 1918 lenken, so wird jedem zum Bewußtsein kommen, daß wiederum vieles davon abhängt, wie sich die Dinge in Berlin, das mit in diese Bewegung fällt, gestalten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Berliner Kollegen dieserlei Haltung einnehmen werden, die das Interesse des Gesamtverbandes gebietet. Niemand wünscht einen neuen Machtkampf, aber wenn es die Situation erfordert, werden die Berliner Kollegen auch diesmal ebenso tapfer zu den Waffen greifen, wie in den bisherigen Kämpfen.

Anträge und Anregungen zum Verbandstag.

Vertragshöhung, Ausbau der Unterstützungseinrichtungen, Einführung von Staffelbeiträgen und ähnliche wichtige Fragen, die auf früheren Verbandstagen ihre Erledigung fanden, werden auf dem Verbandstag in Berlin voraussichtlich keine erhebliche Rolle spielen. Das macht es erklärlich, daß die den Verbandstagen vorausgehende Diskussion, die früher mitunter sehr lebhaft war, diesmal nur einen ziemlich bescheidenen Raum einnimmt. Sie dreht sich hauptsächlich um die beiden Fragen: Kreis der Sonnabend- und Nachmittags- und Grenzstreikrechte. Wir haben uns zu beiden Fragen schon an anderer Stelle geäußert, so daß es sich erübrigt, hier des näheren auf sie einzugehen.

War auch die dem Verbandstag vorausgegangene Diskussion, wenigstens insoweit, als sie ihren Niederschlag in den Spalten der „Holzarbeiter-Zeitung“ fand, nicht sehr lebhaft, so legt doch die große Zahl von Anträgen, die an den Verbandstag gestellt sind, Zeugnis ab von dem Interesse, welches die Kollegen im Reiche den Beratungen ihres Parlaments entgegenbringen. Unter den Anträgen sind freilich manche, die vielleicht nicht eingebracht worden wären, wenn die Antragsteller ihre Konsequenzen völlig überdacht hätten, während andere recht dankenswerte Anregungen enthalten. Von läßlichem Eifer, aber nicht von einem besonderen Willkür zeugt der Antrag, der die sofortige Arbeitsniederlegung verlangt, wenn beim Ablauf eines Vertrages die Verhandlungen über den neuen noch nicht beendet sind. Daß die Arbeitsniederlegung in solchen Fällen nur bei günstiger Konjunktur erfolgen soll, macht den Antrag nicht besser. Derartige Beschlüsse können von einem Verbandstag nicht generaliter gefaßt werden. Das Führen von Lohnbewegungen und von Vertragsverhandlungen läßt sich nicht schematisieren. Die Hauptsache ist,

Berliner Kongresse aus den Anfängen der Holzarbeiterbewegung.

„Zum ersten Male wird in diesen Tagen ein Verbandstag des Holzarbeiterverbandes in Berlin tagen. Auch unter dem Tischlerverband konnte die Reichshauptstadt nicht Kongressort sein, weil eben die örtliche Organisation bis 1902 außerhalb der Zentralisation stand. Wohl aber haben in der ersten Periode der modernen Arbeiterbewegung, vor dem Ausnahmesechse, mehrere Kongresse in Berlin stattgefunden, die von größerer Bedeutung für die Entstehungsgeschichte der Holzarbeiterorganisation sind.“

Bekanntlich war es die Lassalle'sche Richtung, die 1868 nach Berlin den „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Kongress“ einberief, um für die verschiedenen Berufe und Industrien Gewerkschaften zu konstituieren. Die Holzarbeiter-Gewerkschaft, die aus dieser Veranstaltung hervorging, schwenkte aber unter Theodor Dörks Führung schon im nächsten Jahre zur „Eisenacher“ Richtung ab, die unter den Berliner Arbeitern fast gar keinen Anhang hatte. Eine Ortsgruppe der Gewerkschaft bestand zwar in Berlin, aber sie vegetierte nur eben so dahin, ging auch bald ein und blieb nach einer Neugründung im Jahre 1872 von gleicher Bedeutungslosigkeit.

Daneben wurde im Frühjahr 1871 eine lose Lokalorganisation unter dem Namen „Strike-Casse“ gegründet, die, von der Name besagte, lediglich Streikzwecken dienen sollte. Da auch in anderen Berufen ähnliche Kassen ins Leben gerufen waren, ging man im Herbst 1871 daran, diese verschiedenen Vereinigungen zu einer lokalen Zentralisation, dem „Arbeiter-Bund“ zu vereinigen, der wiederum von den Lassalleanern dirigiert wurde. Die Gründung florierete aber nicht recht. Gleichzeitig hatten die in der „Strike-Casse“ vereinigten Tischler den Plan einer Berufs-zentralisation über das ganze Reich ins Auge gefaßt und für diesen Zweck nach Berlin einen Kongress einberufen.

So kam der „Erste deutsche Tischler-Kongress“ zustande, der vom 6.-10. Oktober 1872 im Saale des Berliner Handwerkervereins in der Sophienstraße abgehalten wurde. Genau wie heute konnten auch damals die Delegierten sich zunächst an einem Konzert erfreuen, das allerdings wohl nicht ganz so imponant gewesen sein wird, wie das zum diesjährigen Verbandstage vorbereitete. Immerhin darf man annehmen, daß die musikalischen Akkorde harmonischer ineinanderfloßen, als die Töne,

die dann am anderen Morgen, als der Kongress begann, zu vernehmen waren. Da galt es zunächst, einen Gast an die Luft zu bringen, der zwar nicht unberufen war, aber doch als Störenfried angesehen wurde: Theodor Dörk, der „Eisenacher“ Präsidenten der Holzarbeitergewerkschaft. Es versteht sich, daß dieser von der geplanten Gründung einer zweiten Zentralisation nicht gerade sehr erbaudet war und alles aufzubielen gedachte, um den Berliner Kongress für seine Gewerkschaft zu gewinnen. Da es sich um einen allgemeinen Tischlerkongress handelte, wäre er auch wohl mehr als jeder andere als Vertreter einer großen Zahl organisierter Berufs-kollegen zur Teilnahme legitimiert gewesen. Doch als man seiner ansichtig wurde, beschloß man sogleich, ihn weder beschließend noch beratend zuzulassen. Ebenso vermeigte man nachher Werr, der mit Dörk gekommen war, das Wort.

Dennoch konnte man nicht verhindern, daß die Sache der Gewerkschaft auf dem Kongress propagiert wurde, denn unter den Delegierten war zum mindesten einer, Stehler von Leipzig, der erregter Gewerkschafter war. Doch wenn er auch mit Engelszungen geredet hätte, würde er kaum die Neugründung haben verhindern können, es war schon vorher bestimmte Absicht, der „Internationalen Gewerkschaft“ ein lassalleianisches Gegengewicht zu geben.

Auf diesem Kongress waren 34 Delegierte anwesend, die aus 41 Orten angeblich 25 956 Stimmen vertraten. Auch aus Oesterreich waren 2 Vertreter darunter, die Kollegen Oczmajschek und Bucherstein aus Wien, die energisch gegen die Ausweisung Dörks protestierten und die Vermutung aussprachen, daß wohl nur deshalb der Kongress so plötzlich einberufen sei, um den Anhängern der Gewerkschaft die Möglichkeit zu nehmen, rechtzeitig Stellung dazu zu nehmen. Darauf wurde ihnen ganz offen erklärt, daß man allerdings diese Absicht verfolgt habe. „Es war gut, die Uebereilung, denn sonst würde etwas anderes erreicht sein.“

Der Kongress beschloß die Gründung eines „Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins“, der alle Tischler deutscher Sprache, auch die Oesterreicher und der Schweiz, umfassen sollte. Als Sitz des Vorstandes wurde Berlin bestimmt, als Vorsitzender Wilhelm Schweppendick und als Kassierer W. Müschmann mit je 8 Taler Wochengehalt fest angestellt. Nach einem halben Jahre, vom 13. bis 16. April 1873, fand in Hamburg die erste Generalversammlung statt und da zeigte sich, daß die

bei der Gründung angegebenen Ziffern für den zu erwartenden Beitritt erheblich zusammengeschmolzen waren, als es nun wirklich ans Zahlen gehen sollte. Nur 18, außer Stuttgart und Frankfurt a. M. ausschließlich norddeutsche Orte waren beigetreten, die um diese Zeit zusammen 4635 Mitglieder zählten. Auch aus Oesterreich und der Schweiz waren die erwarteten Beitrittsmeldungen nicht erfolgt. Auf der zweiten Generalversammlung vom 25. bis 27. Mai 1874 in Frankfurt a. M. war die Zahl der Mitglieder schon bis auf 2551 gesunken.

Die dritte Generalversammlung fand vom 13. bis 15. Juni 1875 wieder in Berlin statt, wobei die Stimmung erheblich gedämpfter war als auf dem Gründungskongress vor drei Jahren an gleicher Stelle. War doch die Mitgliederzahl nun bis auf 1225 gesunken. Inzwischen waren aber auch die Einigungsverhandlungen zwischen den Eisenachern und Lassalleanern auf der ganzen Linie in Fluß gekommen und auch die Generalversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Frage der Verschmelzung mit der Holzarbeitergewerkschaft. Viele Redner erklärten sich auch jetzt noch energisch gegen einen Zusammenschluß, d. h. gegen eine Vereinigung, die verschiedene Branchen umfasse wie die Holzarbeitergewerkschaft, denn sonst hätte ja der Pantoffel- oder Leistenmacher über die anderen mitzuberaten, deren Fach er gar nicht kennt“, wie Neumann Altona ausführte.

Im Prinzip überrag aber bei den meisten Delegierten das Bedürfnis, den unheiligen Bruderkrieg in der Arbeiterbewegung zu beenden. Die Vereinigung sollte aber davon abhängig gemacht werden, daß die Holzarbeitergewerkschaft sich zu den Grundsatzen befehde, die vom Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Verein aufgestellt waren: Keine Berufsorganisation der Tischler, Verwerfung der Kranken- und Reiseunterstützung. Dann wurden Schmitz, Schweppendick und Harder bestimmt, mit ebenfalls 8 Mitgliedern der Holzarbeitergewerkschaft eine Kommission zu bilden, um die Gründung einer gemeinsamen Organisation vorzubereiten.

Im Herbst 1875 fand in Frankfurt a. M. der Einigungskongress statt, auf dem sich beide Richtungen zum „Bund der Tischler“ verschmolzen. Ehe aber noch recht die wohlthätigen Folgen der Verbrüderung die gemeinsame Organisation besuchten konnten, zog das Sozialistengesetz herauf und zerstückte die ganze Gewerkschaftsbewegung in Trümmer.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuzulassen von:

- Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bremen haben, Burg bei Magdeburg (Tischfabrik M. G. Wolf), Dannenberg a. Elbe, Dresden und Meiß (Jca. Photographische Apparate), Driesen a. N. (Ziegler u. Comp.), Ebinger Berg u. Wern, Elmshorn (Köln), Freiberg i. S. (Kratz u. Mann), Fürstentum a. d. Spree (System Bureauindustrie), Kützsch i. W. (Offenbacher), Wera, M. J. L. (Schleffiger, Herm. Gabels), Görlitz (Waggonfabrik), Hamburg-Falkenberg (Straßenbahnwerkstätte), Garburg a. d. Elbe (Mug. Prien), Landsberg a. Lech, Langensalza, Lüdenscheid (Paugeschäft Vlemke), Roth a. S., Priebus (E. Schulze), Senburg, Varel in Oldenburg (Hoh. Wienten), Weinheim (Schaab), Wsch in Böhmen, Gger, Innsbruck, Linz a. Donau, Nesseldorf (Waggonfabrik).
- Modelltischlern nach Hannover.
- Klaviermachern nach Brüssel.
- Drechsler nach Aquetendorf i. Schlessen, Burg bei Magdeburg (Tischfabrik M. G. Wolf), Dresden und Meiß (Jca. Driesen a. d. N. Ziegler u. Comp.), Birkdorf bei Dürk i. P. (Kopp).
- Polsterern nach Burg bei Magdeburg (Tischfabrik M. G. Wolf), Dresden und Meiß (Jca. Dürk i. W. Offenbacher).
- Partielegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Partiegeschäftliche, Uhlstraße).
- Stuhlmachern nach Brand (Eragebergische Holzindustrie A. G.).
- Kistenmachern nach Bremen-Semelingen (Schulze).
- Zischarbeitern nach Wald i. Rheinland.
- Norbmachern nach Schönningen (Thiemer), Montreux.
- Stellmachern nach Berlin, Frankfurt a. M. (Udlerwerke), Görlitz (Waggonfabrik), Hamburg-Falkenberg (Straßenbahnwerkstätten), Chur, Paris, Brüssel (Carrosserie Pariffenne).
- Vergoldern, Grundierern, Verzieren und Farbmachern nach Ober-Orndorf bei Saida in Niederböhmen.
- Werstarbeitern nach Schönebeck a. Elbe.

den Beauftragten das nötige Vertrauen entgegengebracht wird. Ueber die im einzelnen zu ergreifenden Maßnahmen muß von Fall zu Fall entschieden werden. Der Verbandsrat muß sich darauf beschränken, allgemeine Richtlinien festzulegen. Im Sinne der früher gefassten Beschlüsse ist seitlich gehandelt worden und von den bewährten Methoden abzugehen, die seitlich zur Anwendung gekommen sind, liegt wohl kaum ein Bedürfnis vor. Das schließt die schärfere Regelung einzelner Wünsche, wie z. B. die größere Mitbestimmung auf die ungelerten Arbeiter bei der tariflichen Vereinbarung der Löhne, nicht aus.

Die Einräumung weitgehender Befugnisse an die Gauvorstände hinsichtlich der Streikmaßnahmen ist unseres Erachtens nicht erforderlich. Eine Grenze läßt sich auch schwer finden, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß aus kleinen Ursachen sich recht große Kämpfe entwickeln können. Das Zusammenarbeiten zwischen Vorstand und den Gauvorstehern vollzieht sich auch so glatt und schnell, daß dem Verbandsvorstand das Genehmigungsrecht für alle Streiks belassen werden kann. Für den Verband und die Kollegen kann daraus ein Nachteil nicht entstehen.

Beachtenswert ist das Bedürfnis nach Befreiung der Entscheidungen der Zentralvorstände über die Auslegung der Verträge. Diesem Verlangen wird in irgendeiner Form Rechnung getragen werden müssen. Die Entscheidungen der Zentralvorstände sind gewissermaßen ein Kommentar zu den Verträgen. Sie berühren nicht nur die Parteien an dem in Frage kommenden Ort, sondern sie enthalten oft Fingerzeige für die Auslegung der Verträge, deren Kenntnis geeignet ist, in manchen Fällen örtlichen Streitigkeiten von vornherein den Boden zu entziehen.

Unter den Anträgen, die sich auf die Verträge beziehen, sind eine ganze Anzahl, welche den alten Verbandsmitgliedern eine Ermäßigung der Beiträge vorschlagen. Diese Anträge gegenüber ist einige Vorzicht am Platze. Beschlüsse in dieser Hinsicht, die einer erheblichen Zahl von Mitgliedern zugute kommen, müßten die Verbandsfinanzen ungünstig beeinflussen. Ein größerer Einnahmefall für die Verbandskasse muß jedoch unter allen Umständen vermieden werden aus Gründen, die jedem der sich die Aufgaben unserer Organisation vergegenwärtigt, ohne weiteres einleuchten. Ob es sich aber empfiehlt, eine Statutenänderung auf diesem Gebiet vorzunehmen, an der nur wenig Kollegen interessiert sind, darf billig bezweifelt werden. Auch ohne Statutenänderung ist es jetzt schon zulässig, aus bestimmten Gründen Kollegen von der Zahlung des Lokalbeitrages zu entbinden. In manchen Fällen wäre damit schon die wünschenswerte Erleichterung für die nicht mehr voll leistungsfähigen Kollegen geschaffen. Uebrigens bestimmt auch das Verbandsstatut, daß invalide Mitglieder vollständig vom Beitrag befreit sind, ohne daß sie deshalb das Anrecht auf Rechtschutz, Notfallunterstützung und Sterbegeld verlieren.

Auf dem Münchener Verbandsrat ist beschlossen worden, den Kollegen in den zurückliegenden Jahren die Zahlung eines niedrigen Beitrages zu gestatten. Den entsprechenden Anträgen ist der Vorstand in weitgehendstem Maße entgegengekommen. Dagegen haben nur

wenige der leistungsfähigen Zahlstellen die ihnen vom Münchener Verbandsrat auferlegte moralische Pflicht anerkannt, einen höheren als den Grundbeitrag an die Verbandskasse zu leisten. Der Verbandsrat in Berlin wird nicht umhin können, diese Verpflichtung schärfer zu formulieren. Die gründliche Diskussion über die Einführung von Staffelleistungen, die vor zwei Jahren geführt wurde, hat die Schwierigkeiten vorgelegt, die sich der Einführung dieser Einrichtung in unseren Verband entgegenstellen. An Stelle von Staffelleistungen, die notwendigerweise eine der Beitragshöhe entsprechende Abstufung der Unterstützungsätze zur Folge haben müßten, sind die erwähnten Verhältnisse gefast worden, die ein erhöhter Ausdruck der Solidarität sind, welche die Mitglieder unseres Verbandes beherzigt. Den Kollegen mit den ungünstigsten Arbeitsbedingungen soll geholfen werden, ihnen werden, obwohl sie einen geringeren Beitrag leisten, die gleichen Unterstützungen gewährt, welche die übrigen erhalten. Dafür sollen diejenigen Kollegen, denen es durch die Hilfe der Organisation möglich gewesen ist, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, entsprechend höhere Beiträge leisten. Es kann zugegeben werden, daß auch an anderen Orten, an welchen die Löhne verhältnismäßig hoch sind, die Lokalassen außerordentliche Verpflichtungen zu erfüllen haben, so daß die betreffenden Zahlstellen nicht ohne weiteres als „leistungsfähig“ angesprochen werden können. Aber das sind Ausnahmen. Tatsache ist, daß es viele Zahlstellen gibt, die recht wohl in der Lage wären, einen höheren als den Grundbeitrag an die Verbandskasse abzuführen. Soweit sie diese Pflicht nicht freiwillig anerkannt haben, sollte ihnen der Verbandsrat das Gewissen schärfen.

Das ist zurzeit der einzige Weg, die Einnahmen der Verbandskasse zu steigern, denn eine allgemeine Erhöhung der Beiträge dürfte unter den obwaltenden Umständen nicht angängig sein. Wenn auch das Vermögen des Verbandes eine Steigerung erfahren hat, so sind die Kassenverhältnisse doch nicht der Art, daß sie volle Vertrieblung auslösen können. Wir müssen uns auf enge Kämpfe gefast machen. Wenn wir sie in Ehren bestehen wollen, dann muß vor allen Dingen unsere Kasse intakt sein. Das ist ein zwingender Grund, von jeder wesentlichen Erhöhung der Unterstützungssätze Abstand zu nehmen.

Einige Anträge beziehen sich auf innere Verbandsangelegenheiten. Ein alter Bekannter ist der wieder von mehreren Stellen ausgesprochene Wunsch auf Befestigung der Listenabrechnung. Dieser Antrag ist schon wiederholt gestellt und ebenso oft abgelehnt worden. Die vierteljährliche Aufstellung eines Verzeichnisses sämtlicher Mitglieder mit dem Nachweis der von dem einzelnen gezahlten Beiträge macht in den größeren Zahlstellen ziemlich viel Arbeit, zumal in den Orten, wo der Kaffierer diese Arbeit in den Feierabendstunden besorgen muß. Der Vorteil, den die Organisation von der durch diese Einrichtung gegebenen Möglichkeit einer weitgehenden Kontrolle hat, ist aber so überwiegend, daß die Abschaffung der Listenabrechnung einen Rückschritt bedeuten würde, zu welchem auch der Verbandsrat in Berlin seine Zustimmung schwerlich geben wird.

Nicht zahlreich sind auch die Anträge, die Anregungen für die Agitation geben. Das ist eine sehr erfreuliche Erscheinung, denn eine intensive Agitation ist das Lebenselixier der Organisation. Die Bedeutung, welche seitens der Verbandsleitung diesem Gegenstand entgegengebracht wird, erhellt aus dem Umstand, daß er unter der Bezeichnung: „Das Rekrutierungsgebiet des Deutschen Holzarbeiterverbandes“ als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Wenn auch nicht allen Anregungen zu dieser Frage Folge gegeben werden kann, so werden sie doch alle eingehend geprüft werden.

Nicht in den Anträgen, wohl aber in der in der „Holzarbeiter-Zeitung“ gepflogenen Diskussion, ist der Gedanke angeregt worden, aus Sparmaßregeln die Verbandskassenlage in größeren Zwischenräumen abzuhalten. Das wäre aber eine falsche Sparmaßregel. Unser Verband ist nicht nur in die Breite, er ist auch in die Tiefe gewachsen. Sein Tätigkeitsgebiet wird immer umfangreicher und vielseitiger. Das läßt einen möglichst engen Kontakt zwischen der Verbandsleitung und den Mitgliedern wünschenswert erscheinen. Die immerhin erheblichen Kosten eines Verbandsrates haben dazu geführt, zweijährige Perioden einzuführen, obwohl es zweifellos sachlich begründet wäre, wenn der Vorstand alljährlich den Vertretern der Mitglieder Rechenschaft über seine Tätigkeit ablegen und Direktiven für sein ferneres Wirken entgegennehmen würde. Der Verbandsrat in München hat diesen Verhältnissen insofern Rechnung getragen, als er die Einberufung eines außerordentlichen Verbandsrates erleichtert hat. Die Notwendigkeit hierfür hat noch nicht vorgelegen, aber sie kann eintreten. Die mit manchen Unzulänglichkeiten verbundene Veranstaltung eines außerordentlichen Verbandsrates läßt sich jedoch leichter vermeiden, wenn in nicht zu langen Fristen der ordentliche Verbandsrat zusammentritt. Wir werden es deshalb wohl bei der bisherigen zweijährigen Periode bewenden lassen. An Beratungstoff wird es uns nie fehlen. Und der Verbandsrat in Berlin wird jedenfalls den Beweis liefern, daß auf den Verbandsräten des Deutschen Holzarbeiterverbandes gehaltreiche Arbeit auch dann geliefert wird, wenn keine Fragen zur Diskussion stehen, welche die Grundlagen der Organisation berühren.

Die Jugendpflege im Verband.

Die Aufgaben der proletarischen Organisationen wachsen, wie deren Stärke zunimmt. Was schlummernd im Grunde der Organisation lag, erwachte zu vollem Leben und verlangt ganz selbstverständlich seine Rechte. Dinge, für die früher keine Existenzmöglichkeit gesehen wurde, stellen sich als gescheitert hin und erheischen Beachtung und Respektierung. Kräfte reifen heran, die auf Vorkämpfung drängen und die ihr Können für neue Zwecke entfalten. So ging es auch mit den Aufgaben, die die Jungmannschaft unserer Verufe angehen. An die Stelle des spekulativen Denkens trat das positive Wirken. Der Verbandsrat in München hat Leitfäden aufgestellt, wonach die Jugendpflege in unserem Gewerbe praktisch be-

leben werden sollte. Er unterschied dabei zwischen jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen. Während die ersteren zu den für die weiblichen Mitglieder bestehenden Bestimmungen fortan allgemein dem Verband zugeführt werden konnten, wo sie mit Erreichung des Alters von 17 Jahren dann als Vollmitglieder umgeschrieben werden, sollten für die letzteren Maßnahmen getroffen werden, um diese rechtzeitig über unsere Bestrebungen aufzuklären. Zwei Jahre sind seit jener Aufforderung zur umfassenderen Arbeit ins Land gegangen und es ziemt sich wohl, einmal kritisch zu prüfen, ob ein weiterer Erfolg eingetreten ist. Der in Berlin zusammentretende Verbandsrat lenkt erneut die Aufmerksamkeit auch auf diese wichtige Frage.

Soweit die jugendlichen Arbeiter in Betracht kommen, zeigt folgende Uebersicht wie das Bestreben, diese für den Verband zu gewinnen, zugenommen hat. Wir hatten jugendliche Mitglieder:

Ende 1909: 100; 1910: 618; 1911: 823.

In den Berichtsjahren 1910 und 1911 ist also eine beachtenswerte Zunahme der jugendlichen Mitglieder erfolgt. Damit sind die Hoffnungen allerdings nicht voll erfüllt worden. Nach der statistischen Erhebung über die Erwerbstätigkeit des deutschen Volkes, die zwar noch kein absolut zuverlässiges Resultat gezeitigt hat, sind in unseren Gewerben und Berufen etwa 23 500 noch nicht 17 Jahre alte jugendliche Hilfsarbeiter vorhanden! Ein Rekrutierungsgebiet, das denn doch eine noch energischer Bearbeitung verdient. Wenn es auch richtig ist, daß bei der natürlichen Zunahme des Alters viele dann gleich als Vollmitglieder eintreten, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß immer weit über 20 000 jugendliche Arbeitskollegen vorhanden sind, die ausgebildet werden und die unserer Hilfe dringend bedürfen. Im eigenen Interesse der Erwachsenen aber liegt es, diese jungen Elemente als Mitstreiter zu gewinnen. Für die Gestaltung der Lohnverhältnisse der älteren Arbeiter ist es gewiß nicht unweissenlich, ob ihnen eine Konkurrenz durch die jugendlichen Kräfte entstanden ist. Bei der stetigen Vermehrung der Spezialarbeit und der Aufstellung neuer Maschinen werden die jüngeren Kollegen zu einem ganz bedeutenden Faktor im Arbeitsprozeß.

Die Interessen der Erwachsenen und der Jugendlichen fallen also zusammen und darum müssen auch die letzteren für den aktiven Kampf rechtzeitig erzogen werden. Das ist um so mehr notwendig, weil recht oft die Eltern noch in der knechtlichsten Gesinnung beharren und den Kindern die Kapitalisten als Wohltäter schildern! Der Ausfall so mancher Lohnbewegung hängt in vielen Berufen davon ab, ob die jungen Proletarier mit in gemeinsamer Kampfstellung sich befinden.

Die Zerplitterungsversuche der bürgerlichen Gegner und das erkläre Bestreben der jungen Leute, möglichst schrankenlos ihren „Genüssen“ nachzugehen, erschwert ohne Zweifel zunächst die Gewinnung des Nachwuchses für die ernstlichen Bestrebungen des Verbandes. Manchmal wird statt einer sachgemäßen Aufklärung obendrein den jungen Kronenben eine spöttische oder rohe Behandlung durch die älteren Arbeiter zuteil — wie sollte da ein kameradschaftliches Verhältnis sich entwickeln! Wenn die Mitglieder des Verbandes von diesem aber etwa gar verächtlich sprechen oder auf dessen Einrichtungen und Personen schimpfen — dann ist es schließlich kein Wunder, daß die jungen Kollegen keine Achtung vor den Bestrebungen der Alten bekommen. Die Entfaltungen der heranwachsenden Generation sind doch nicht abgeklärt, leicht kann in ihr das Gift der Eigenbrödelei zerlegend wirken.

Größter Einfluß gegenüber den jungen Arbeitsgenossen wird sicher erzielt, wenn beim Verkehr stets daran gedacht wird, daß es sich um jenes jugendliche Geschlecht handelt, das heranwächst und dann seine Rechte beansprucht. Zeitig gilt es die jüngeren Kameraden über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu unterrichten und ihnen beizubringen, daß letzten Endes das heutige Privatvermögen an den Arbeitsmitteln und die Gütererzeugung für den Warenmarkt, die Ursachen für das Elend und die Abhängigkeit bilden. Die übten Folgeerscheinungen der kapitalistischen Mehrwertbildung führen auch die Jugendlichen und sie merken wie die Unternehmer von der Uneinigkeit der Arbeiter profitieren. Da muß dann der gewerkschaftliche Gedanke propagiert werden. Die jungen Arbeitsbrüder werden sicher den solidarischen Kampf gegen den gemeinsamen Feind verstehen und an diesem dann aktiv teilnehmen wollen. Die Jugendlichen sollten zu Werkstätten- bzw. Sektionsversammlungen immer dann wenigstens herangezogen werden, wenn es sich um allgemeine Fragen handelt, und sie sollten interessiert werden für die praktische Betätigung, die den Lebenszwecken der Arbeiterklasse dienen. In besonderen Fällen empfiehlt es sich, Veranstaltungen nur für die jungen Leute zu treffen, damit sie über wirtschaftliche und soziale Vorgänge im einzelnen aufgeklärt werden können.

Die Lehrlinge nehmen eine andere Stellung ein und es muß ihnen gegenüber deshalb auch anders gemittelt werden. Nach der Statistik des Deutschen Reiches sollen in den Holzgewerben über 70 000 Lehrlinge beschäftigt sein! Wenn auch hier bei der eigenartigen Betriebs- bzw. Berufstatistik mancher Lehrling für uns zu viel gezählt sein dürfte, so kommt doch tatsächlich eine viel größere Zahl heraus, als in München noch angenommen wurde. Das Bestreben der Gegner, die Lehrlinge durch Einrichtungen der Fortbildungsschulen, zu denen noch solche der Jungmänner usw. hinzugekommen sind, von den Einflüssen unserer erzieherischen Tätigkeit fernzuhalten, tritt immer schärfer hervor. Wollen jene Leute doch den jungen Nachwuchs für ihre zünftigeren Absichten gewinnen, um so aus diesen

„Ireblame“ Handwerksgefallen zu machen, die dann als Säugweber gegen die um ihr Recht ringenden Gefellen dienen sollen. Weiziten gilt es also auch diesen Vorgängen größere Beachtung zu schenken.

Daran kann nun heute noch nicht gedacht werden, etwa für die Lehrlinge eine besondere Abteilung im Verband zu errichten. Hier muß vielmehr auch fürderhin eine umfassende ideale Vertretung durch die Verbandskollegen die Hauptfrage bleiben. Der Einfluß des Gefellen auf den Lehrling ist ganz unerkennbar. Wenn der Gefelle dem Lehrling ratend und helfend bei der Arbeit zur Seite steht und ihn mit den technischen Maßnahmen vertraut macht und ihn ferner zu schöpferischer Tätigkeit anregt, dann wird der junge Mann eine ganz andere Achtung vor dem Gefellen bekommen, als wenn dieser ihn als Ausbeutungsobjekt benützt. Der Lehrling ist aber auch dankbar, wenn der Gefelle ihm in Fragen des Verkehrs mit dem Meister mit gutem Rat beisteht. Durch vorlässiges und maßvolles Verhalten gegenüber dem Meister wird der Lehrling immer am weitesten kommen. Ein gewisses Maß von Selbstständigkeit und Selbstgefühl verschafft auch dem Lehrling die notwendige Respektierung.

Die Funktionen des Verbandes müssen noch viel energischer als bisher die Aufmerksamkeit der Kollegen auf die Erziehung der Lehrlinge lenken. Besonders muß zur Vämpfung jeder Schinderei dringlichst aufgefordert werden. Möglich wäre es, wenn die guten Beispiele mancher Zahlstellen Nachahmung finden würden. Mindestens einmal im Monat werden die Lehrlinge dort zusammen berufen, um ihnen dann neben fachlichen und sozialpolitischen Aufklärungen auch etwas Geselligkeit zu bieten. Nicht darauf kommt es allein an, daß immer gleich ein großer Kreis versammelt ist, sondern daß überhaupt etwas Praktisches geleistet wird. Die Lehrlinge, einmal gut aufgenommen, sorgen selbst schon für Vermehrung der Teilnehmer.

Die allgemeine Jugendpflege im Verband soll so überall betrieben werden, daß die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge aus den beruflichen Verhältnissen heraus über die Gewerkschaftsbewegung völlig unterrichtet werden. Die jahrzehntelange Betätigung des Verbandes, seine Kämpfe und Erfolge, müssen der kommenden Generation zum Bewußtsein gebracht werden, damit sie Achtung haben vor dem Ertrungenen und es benutzen können zu höherem Streben. Die Jugend muß begeistert werden für den Kampf des Lebens, für das Ringen der Gewerkschaften um eine höhere Kultur. Die Herzen der Jungen schlagen immer wärmer, wenn sie das Banner eines hohen Ideals entrollt sehen, und in ihrem Hirn wird reifen die Erkenntnis und der Wille zur Tat.

Dem Verbandstag liegt ein Antrag vor, das Alter für die Umschreibung der jugendlichen Mitglieder zu Vollmitgliedern von 17 auf 18 Jahre heraufzusetzen. Mit der Annahme dieses Antrages würde keineswegs eine Erleichterung für die Gewinnung jugendlicher Mitglieder geschaffen. Mit der heutigen toleranten Handhabung der statistischen Bestimmungen über die Umschreibung kommen wir am weitesten. Damit ist die Möglichkeit garantiert, besonderen Verhältnissen Rechnung tragen zu können. Vergessen darf auch nicht werden, daß die Lehrlinge recht oft mit 17 Jahren schon die Lehre verlassen und dann sofort bei uns vollen Beitrag zahlen müssen. Ihr Verdienst ist aber nicht immer höher, als bei vielen jugendlichen Hilfsarbeitern. Eine ungleiche Behandlung sollte besonders immer dann vermieden werden, wenn wie hier die Voraussetzungen für die Vermehrung gegeben sind. Der bisherige Zustand entspricht tatsächlich den praktischen Anforderungen im weitesten Sinne.

Der Antrag, den jugendlichen Mitgliedern die „Arbeiter-Jugend“ gratis zu liefern, läuft im Effekt auf eine Desorganisation hinaus. Die „Arbeiter-Jugend“ ist heute das äußere Bindeglied für die allgemeine Jugendbewegung, und es wäre direkt unklug, ihr dieses zu nehmen. Dann sollen doch wohl unsere jugendlichen Mitglieder zu Verbandskollegen herangebildet werden! Das geschieht aber am wirksamsten, wenn diese die „Holzarbeiter-Zeitung“ lesen, in der ja auch die Jugend besonders interessierende Fragen ausgiebig behandelt werden.

Stimmen zum Verbandstage.

Die Regelung der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe wird den Verbandstag beschäftigen. Unser Verbandsvorsitzender, Kollege Leipart, hat hier die Gründe dargelegt, die für die tägliche Arbeitszeitverkürzung sprechen. Prinzipiell kann eigentlich niemand gegen diese durchaus richtigen Auffassungen etwas einwenden. Daß in der Praxis recht oft die Dinge anders sich gestalten, weiß auch Leipart, und er ist zu geben, daß in der Metallindustrie — wo wir Holzarbeiter höchst zum bis 10 Proz. in Frage kommen — eine Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend immerhin besser war als — gar keine. Uebrigens ist auch bei unseren Lohnbewegungen in reinen Holzgewerben oft diese Art der Arbeitszeitverkürzung mit voller Zustimmung der Verbandsinstanzen eingetreten. Es ist aber gut und nützlich, wenn heute energischer die tägliche Arbeitszeitverkürzung propagiert wird. Wenn Kollege Gastien nun den Verbandstag darauf, einem Texten Einhalt zu tun, daß bezüglich des freien Samstagnachmittags auch hier, in der Holzindustrie, bestehen soll — so tut er das den Tatsachen zuwider! Die Forderung der täglichen Arbeitszeitverkürzung ist in Bielefeld bisher stets als die vornehmste erhoben und vertreten worden. Das Verbandsstatut könnte in der Tat für viele Mitglieder eine Deklaration bezüglich der Tarifpolitik gebrauchen. Der § 40 steht in einem gewissen Gegensatz zur Erledigung von Differenzen durch einen Schiedspruch einer tariflichen Schlichtungskommission. Der angelegene Bielefelder Schiedspruch kann hier nicht erörtert werden. Nur soviel sei festgestellt, daß die tägliche

Arbeitszeit in den Tischlereien mit dem 1. April streng tariflich auf 9 Stunden herabgesetzt worden war. Der Tarif bestimmte weiter, daß im Sommerhalbjahr spätestens um 8 Uhr Feierabend sei. Damit war die betriebsweise Regelung des Arbeitschlusses vorgesehen. Auf Wunsch der Kollegen sollte jedoch durch die Schlichtungskommission versucht werden, einen einheitlichen Arbeitschluss, und zwar vor 8 Uhr, herbeizuführen. Es ergaben sich Differenzen, die sogar zu einer willkürlichen Aussperrung führten. Schließlich fällt die Schlichtungskommission einen Spruch, wonach um 8 Uhr einheitlich Feierabend sein sollte. Nur wo die Kollegen eine Pausepause wünschen, müßten sie 9 1/4 resp. 9 1/2 Stunden im Betriebe weilen wollen — auch ein Beitrag zur Frage der täglichen Arbeitszeitregelung — sollte bis zur tariflichen Grenze, also bis 8 Uhr, gearbeitet werden dürfen. Die Durchführung eines einheitlichen Arbeitschlusses, der im Tarif nicht vorgesehen worden war, führte zu gewissen Mängeln für die Kollegen, die vorher schon um 8 1/2 Uhr Feierabend hatten. Dafür konnten diese ihre Mittagspause von 1 1/2 auf 2 Stunden verlängern.

Den Samstag nachmittag frei haben heißt, einen Schritt vorwärts gekommen zu sein, so urteilt die Arbeiterchaft, welche heute schon davon Gebrauch machen kann. Den freien Samstagnachmittag haben wir in Deutschland schon seit 10-15 Jahren und besonders hier im bergischen Lande, hauptsächlich in Varmen. In den zwei größeren Maschinenzfabriken wird seit einigen Jahren mit dem Reinstundentag gearbeitet und Samstagnachmittag ist um 2 Uhr Schluss. In der Textilindustrie mit 25 000 bis 40 000 Beschäftigten herrscht der freie Samstagnachmittag vor. Leider beträgt die Arbeitszeit hier noch 58 bis 60 Stunden pro Woche. In der Holzbranche wurde durch den letzten abgeschlossenen Tarif die Arbeitszeit von 56 auf 54 Stunden verkürzt. Diese Verkürzung trat vor einem Jahre in Kraft. Bis dahin waren die Arbeitsstunden gleichmäßig auf sechs Tage verteilt. Der Vertrag schreibt vor: Die beiden Stunden werden Samstagnachmittags geführt. Die Arbeitgeber bestimmten daraufhin: Die Arbeitszeit währt von 7 Uhr bis 12 Uhr und von 1/2 Uhr bis 6 1/2 Uhr, mit je einer Viertelstunde Pause vor- und nachmittags. Samstag wird von 7 Uhr bis 1 1/2 Uhr, ebenfalls mit einer Viertelstunde Pause, gearbeitet. Und so bekamen wir in Varmen durchgängig den freien Samstagnachmittag. Anfanglich verschmüßte diese ganze Geschichte, aber bald hatten sich die Kollegen daran gewöhnt, und heute glaube ich behaupten zu dürfen, daß die Holzarbeiter Varmens den freien Samstagnachmittag ungern verlieren würden. Gewiß ist es richtig, wenn man behauptet, dem Arbeiterbewusstsein sei die Bahn geöffnet. Aber ideale Zustände lassen sich nicht mit Gewalt aus der Erde stampfen. Es ist eben Aufgabe der Organisation, dafür Sorge zu tragen, daß die Sache im Dorf bleibt. Ich stimme da mit den Kollegen überein, daß der freie Samstagnachmittag eine Kulturforderung wird, ungeachtet des Achtstundentages. Der Verbandstag wird auf tun, noch nicht Michler zu spielen über Dinge, welche noch nicht abneilungsfähig sind.

Die Abgrenzung der Rekrutierungsgebiete für die einzelnen Gewerkschaften hat noch zu keinem befriedigenden Resultat geführt, obwohl sie schon die Verbandstage verschiedener Organisationen sowie auch die Generalkommission wiederholt und eingehend mit diesem Problem beschäftigt haben. Ich neige der Ansicht zu, daß es uns gleich sein kann, welchem von den freien Verbänden ein Arbeiter angehört, wenn er nur überhaupt organisiert ist. Ein erstrebenswertes Ziel wäre eine, alle Arbeiter umfassende Organisation, wofür aber vorläufig noch die Vorbedingungen fehlen, da in den Löhnen der Arbeiter noch große Unterschiede bestehen und demzufolge die in einigen Gewerkschaften zu entrichtenden Beiträge nicht von allen Arbeitern geleistet werden können. Aber auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen besteht die Gefahr nicht, daß beim Ausbruch von Differenzen in einem Betrieb ein der zuständigen Organisationen nicht angehörender Arbeiter zum Streikbrecher würde. Mit etwas Toleranz ist also die Frage der Grenzstreitigkeiten verhältnismäßig leicht zu lösen. Wir könnten z. B. die Hilfsarbeiter, denen unsere Beiträge zu hoch scheinen, ruhig dem Fabrikarbeiterverband überlassen. Damit arbeiten wir dem immer engeren Zusammenschluß der Arbeiter zu Industrieverbänden, der ersten Stufe zu einer allgemeinen Arbeiterorganisation vor. Durch etwas mehr Toleranz würde auch verhütet, daß Arbeiter, welche öfters den Beruf wechseln, damit jedesmal auch einen Wechsel der Organisation verbinden müssen. Arbeiter, die anderen Organisationen zugänglich sind, sollten wir diesen überlassen. Arbeiten wir so, dann werden auch die Grenzstreitigkeiten aufhören, womit der Arbeiterbewegung am besten gedient ist.

Was die Frage der Einteilung der Arbeitszeit betrifft, so steht es fest, daß wir an dem Grundsatz der fortschreitenden Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bis zur Erringung des Achtstundentages festhalten haben, trotz aller Gründe, welche zweifellos für den freien Sonnabend nachmittag sprechen. Würden wir diesen Grundsatz aufgeben, so würden wir uns selbst ins Gesicht schlagen und unsere jahrelange Agitation für den Achtstundentag zunichte machen.

Wenn das Wohl unserer Organisation am Herzen liegt, hat sich in erster Linie um die Finanzen derselben zu kümmern. Viele Zahlstellen wollen Erhöhung oder eine andere Regelung der einzelnen Unterstützungssätze; daß dies auch eine Erhöhung der Beiträge mit sich bringen muß, ist klar. Daß wir aber in den Gläubigerbüchern des Erz- und Riesengebirges, in Thüringen, Oberschlesien, im Böhmerischen Wald usw. nicht vorwärtskommen, liegt daran, weil die jetzigen Beiträge schon zu hoch sind. Aus den Großstädten können bald keine Mitglieder mehr gewonnen werden. Dieses Feld ist bald abgegrast. Dagegen müssen wir unsere ganze Kraft und unser ganzes Können dafür einsetzen, in die Provinz und in die Gebirgsorte zu gehen, um dort die noch so große indifferente Masse zum Klassenbewußtsein zu bringen. Daher ersuchen wir, dafür zu

forgen, daß den schlechtgestellten Zahlstellen, welche noch unter erbärmlichen Lohnverhältnissen leiden, der vom Verbandstag 1910 beschlossene Ausnahmevertrag weiter verlängert wird. Wir wollen keine Verlängerung der Unterstützungssätze; wir wünschen nur, daß von den Bestimmungen bezüglich des Ausnahmevertrages recht ausgiebig Gebrauch gemacht wird.

Erhard Preidler, Altenburg (Erzg.).

Die Erhöhung der Sätze für die Reiseunterstützung würde einem Bedürfnis entsprechen. Von der Steigerung der Lebensmittelpreise werden auch die reisenden Kollegen nicht verschont und auch das Uebernachten ist teurer geworden. Es würde sich auch empfehlen, die Sätze der nach 52 Beiträgen gezahlten Unterstützung schon nach 20 Beitragswochen zu gewähren. Nach 52 Beiträgen könnte dann 120 Mk. nach 156 Beiträgen 140 Mk. und nach 260 Beiträgen 160 Mk. gewährt werden unter entsprechender Erhöhung des Gesamtbetrages. Bei einer solchen Unterstützung werden die ledigen Kollegen auch eher geneigt sein, abzureisen, wenn es im Interesse der Organisation verlangt wird. Die entstehenden Mehrausgaben würden zu einem guten Teil durch vermehrte Ausgaben an Streik- und Arbeitslosenunterstützung wieder ausgeglichen werden.

Ludwig Duffner, Freiberg i. B.

Soziales.

Arbeiter, meidet den Schnaps!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei veröffentlicht folgenden Aufruf: Vom Leipziger Parteitag, der im September 1908 stattgefunden hat, ist die folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

Die von der agrarisch-kerikal-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil der durch die mahnunglose Kulturspolitik verursachten Einnahmen des Reichs den Schultern der Vermitteln aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerhin dem Volksgrundbesitz auf Kosten der Branntweinsteuer ein jährlicher Erlöspräzium von über 50 Millionen Mark ausgemindert werden. Um dieser verbrecherischen Volksausbeutung zu begegnen und zugleich den durch den Branntweinsteuerlichen und moralischen Glend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweinvergnug zu meiden. Die Parteiorganisationen und die Parteipresse werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.

Der Kampf gegen den Branntwein ist erfreulicherweise von großem Erfolge gewesen. Wie aus der amtlichen Statistik klar hervorgeht, ist der Schnapskonsum ganz erheblich zurückgegangen. Diese Wirkung wird noch größer werden, sobald erst der Einfluß der Klassenbewegung der Arbeiterchaft in denjenigen Bezirken wächst, in denen der Schnapskonsum am größten ist.

So groß unsere Freude über den Erfolg der Kriegserklärung gegen den Schnaps, so groß ist der Schmerz der Schnapsbrenner, die um so bessere Geschäfte machen, je mehr von ihrem Kufel geirunten wird.

In dreister Ableugnung der Gesundheitschädigungen, die mit dem Schnapskonsum verbunden sind, ging ihr Bestreben darauf aus, unter allen Umständen ihren Profit zu retten. Wenn sie vor kurzem im Reichstage der Steuererhöhung zustimmten, die scheinbar die Liebesgabe beseitigte, um den Verbündeten-Regierungen die Mittel zur Deckung der neuen Heeres- und Marinevorlagen zu schaffen, so sollte das Sand in die Augen des Volkes sein. Denn die Liebesgabe ist in Wirklichkeit nicht beseitigt, sondern nur verschleiert worden. Da die Bestimmungen über den Durchschußabbrand und den Vergällungszwang aufrechterhalten worden sind, so wurden die großen Brenner wieder aus den Massen der Allgemeinheit in ungeheurer Weise begünstigt. Worauf das jetzt angenommene Gesetz hinausläuft, hat ein sozialdemokratischer Medner im Reichstage wie folgt dargelegt:

Es ist ein offenes Geheimnis in den Kreislagen, daß dieses Gesetz noch eine neue Preiserhöhung durch die Spirituszentrale bringen wird, und daß man bereits von einem festen Satz von 12 Mk. spricht, den als Preiserhöhung die Zentrale ins Auge gefaßt hat. Es ist ein Raub an den Vermögen der Armen, den sie begehen; denn diese Verelendeten, die zum Schnaps greifen, müssen wieder die neuen Abgaben, die durch Gesetz entstehen, zahlen, und die Reichskasse gibt bereitwillig 16 Millionen her für die Brennerinteressen; nicht für das Publikum, das den denaturierten Spiritus verbraucht, sondern für die Brenner. Welchen sie die 16 Millionen nicht, der Spiritus würde doch billiger werden — und deshalb haben wir verlangt, daß die Veteranen des Krieges und die Veteranen der Arbeit diese 16 Millionen bekommen; aber die Herren, die Nimmersatten, geben keinen Pfennig dafür her.

Es stellt sich die angebliche Abschaffung der Liebesgabe für die Schnapsbrenner in Wirklichkeit also dar, als eine weitere Ausplünderung der Armen, die der irdigen Meinung sind, auf den Schnapsvergnug nicht gänzlich verzichten zu können.

Arbeiter in Stadt und Land! Weht den Schnapsbrennern und den ihr gefügigen Verbündeten-Regierungen die einzige richtige Antwort auf ihr Verhalten. Der Leipziger Beschluß muß noch energischer propagiert werden als bisher. Verkündet es immer wieder in Dorf und Stadt. Wer Schnaps trinkt, schädigt seine Gesundheit und fördert seine hässlichsten Feinde, die preussischen Junker.

Weidet den Schnaps!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalaufschlages erteilt...

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 25. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsblätter sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 87802 Gottl. May, Masch.-Arb., geb. 17. 2. 72 zu Weinheim. 225002 Robert König, Polierer, geb. 9. 2. 81 zu Leubern. 232304 Paul Wolter, Hilfsarb., geb. 28. 8. 81 zu Straßund.

Berlin C. 2, Neue Friedr. Str. 2.

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Braunschweig. (Modellischler.) Soviel und erst auch darauf hingewiesen wird, daß zur vollen Interessenvertretung auch ein guter Versammlungsbesuch gehört...

Reidelsberg. Die Durchführung des neuen Tarifes ist viel zu wünschen übrig. Schuld daran tragen die Kollegen selbst. Die Schlichtungskommission mußte schon einige Male eingreifen.

Verlindorf l. Miesing. In der Möbelfabrik von Gebr. Wallisch greift seit der Kündigung des Tarifes die Verbindung der Arbeiter mehr an ostbayerische Gewerkschaften...

Kremlitz. Nachdem man den freien Gewerkschaften andere nicht bekommen konnte, versucht man es hier jetzt mit der Lokalfabrikanten. Der Kriegereid hat an den Wirt...

Osterröde in Thür. Auch im freien Osten wird das Vertrauen der Kollegen zum Deutschen Holzarbeiterverband immer größer. Unsere Versammlungen werden recht gut besucht.

Peine. Trotzdem wir uns rühmen können, daß fast alle Holzarbeiter organisiert sind und wir einen Durch-

Schnittbestand von 180 Mitgliedern haben, ist es wiederholt vorgekommen, daß unsere Versammlungen sehr schlecht besucht waren. Das darf nicht so weitergehen...

Luedlinsburg. In der Stockfabrik Zahn in Suderode hat es ein Herr Wendland in recht kurzer Zeit zum Werkmeister gebracht und fühlt sich nun besonders stark.

Schwerte. In der Werkstatt von August Müller werden bei der Einstellung junge Kollegen vorgezogen, die keiner Organisation angehören, mit denen dann der Meister machen kann, was er will.

Stuttgart. Die Firma Schott u. Roth, Stock- und Schirmfabrik, sucht in letzter Zeit wiederholt Arbeitskräfte in der Holzarbeiter-Zeitung.

Treuen. In der Kunstmöbelfabrik Treuen, Inhaber G. G. Gassner, findet ein enormer Wechsel der Arbeiter statt. Bei etwa 80 Beschäftigten haben allein im ersten Halbjahr 1912 über 30 schon wieder das Eldorado verlassen.

Miesing (M. M.). Manche Kollegen meinen ihren Verpflichtungen gegenüber dem Verbands nachzukommen, wenn die Beiträge bezahlt sind.

Bittau. Um die Arbeitgeber an die Einhaltung des Vertrages zu gewöhnen, hat es hier schon schwere Arbeit erfordert. Im Januar 1911 mußte bereits einmal ein scharfes Kampfmittel geerntet werden.

Sterbetafel.

- Eduard Brauer, Drechsler, 60 Jahre, gest. 25. Mai 1912 zu Lindenwalde (Herzschlag). Gustav Fischer, 26 Jahre, gest. 24. Mai 1912 zu Annaberg. Alfred Thümmel, 26 Jahre, gest. 17. Mai 1912 zu Spremberg (Gehirnhautentzündung).

Anzeigen.

Altenberg, Sachsen. Kollegen, die hier in Möbel...

Frankfurt a. M. Kollegen, die hier in Möbel...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Frankfurt a. M. Die Stellungsvermittlung wird...

Älterer tüchtiger Bau- und Möbel...

Erfahrene Möbelschleifer f. seine Arbeiten...

Tüchtige Tischler auf bessere furnierte...

Ältere tüchtige Schreiner auf furnierte...

Tüchtige Tischler auf furnierte Verbalten...

Tüchtige Möbelschleifer bei dauernder...

Einen durchaus tüchtigen, gewandten...

Ein tüchtiger, erfahrener und energischer...

Gesucht per sofort tüchtiger Drechsler...

Drechslerlei mit Krafteintrieb, Althei t. Altm.

Ein Maschler, der fräsen kann und ein...

ein Polierer auf Spazierstühle nach...

Tüchtiger Kammacher auf Schildpattreparaturen...

Mehrere tüchtige Kastenmacher u. Kasten...

2 Kastenmacher und 2 Helfer auf...

Die Kunstgewerbliche Werkstatt für...

Einige tüchtige Korbmacher auf Grün...

Suche 2-3 Korbmacher auf Mattarbeit...

Suche sofort noch 2 Gesellen auf Grün...

Einen tüchtigen Korbmacher auf Meise...

Gesucht auf sofort oder später einen...

2 Korbmacher auf grüne Mattarbeit...

Zwei tüchtige Korbmachergehilfen auf...

Korbmacher auf Roharbeit gesucht, Lohn...

Korbmacher auf Bestellarbeit sowie auf Roharbeit...

Jüngerer Korbmacher, tüchtig auf Groß...

Tüchtiger Zuschneider für Handarbeit...

Bau-Tischlerei-Verkauf! Neuerbau, im Vorort von Renth...

Verlammterhufe läuft gegen Hof. Kaffe...

Qualitäts-Marken und Kautschuk - Stempel...

Kunstgewerbliche Tischlerschule Blankenburg, N. 2...

Deutsches Technikum Behr-Institut für Technische...

SEIT 20 JAHREN steht die Fachschule Detmold...

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23...

Unübertroffen und darum von so grosser...

Schellackpolituren und meine Holzbeizen...

neues Polierverfahren hat sich glänzend...

Man erspart: Material, Zeit, Arbeit!

Ich versende zum Versuch ein Körbchen...

Mein Lehrbuch der Schmuck- und Schularbeiten...

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die...

Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei...

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes...

Hobelsäbte billig der Kasse resp. Nachnahme...

Bestliste und Maßstäbe „Solidität“...

Deutschlands einzige mit Handelslehranstalt...

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg...

Mein lieber Freund Interessierst Du Dich für...

Katalog gratis und franko

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17...